

Der Kampf bei INNSE Mailand und seine Besonderheiten

Der Kampf bei INNSE Mailand ist kein Streik, wie fälschlicherweise immer wieder geschrieben wird. Er ist ein aussergewöhnlicher Arbeiterkampf, der alle möglichen Aktionsformen miteinander verbindet – ausser dem Streik. Denn der Streik macht keinen Sinn mehr, wenn der Fabrikbesitzer weg ist und die Arbeiter den Betrieb erobert haben.

Der Streik ist eine kollektive Arbeitsniederlegung zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen. Bei Betriebsschliessungen droht der Streik zur stumpfen Waffe zu werden, im schlechtesten Fall werden durch den Streik die Ziele des Unternehmers: die Stilllegung der Fabrik vorzeitig verwirklicht. Die Besetzung des Betriebs durch die Arbeiter verändert dort schlagartig die Machtverhältnisse. Das zeigt beispielhaft der Kampf in den SBB-Werkstätten von Bellinzona. Nachdem die Arbeiterversammlung am 7. März 2008 den unbefristeten Streik beschlossen hatte, erklärte Gianni Frizzo als Präsident der Personalkommission seinem Direktor offiziell: « Von heute an bestimmen die Arbeiter, was in den Officine gemacht wird! » Mit der Besetzung des Betriebs geht die Verfügungsgewalt vom Eigentümer und dessen Direktion auf die Arbeiter über. Die Fabrik dient dann der Abhaltung von Versammlungen und der Organisierung des Kampfes.

Bei INNSE Mailand hat der Besitzer seinen MitarbeiterInnen ein Telegramm mit folgendem Inhalt geschickt: «Wir haben beschlossen, ab dem 31. Mai 2008 sämtliche Aktivitäten einzustellen.» Als sich die Arbeiter vor dem Werkstor versammelten, fanden sie dieses verschlossen und von privaten Sicherheitsleuten bewacht. Mit List gelang es ihnen, die Fabrik zurückzuerobern, worauf sie eine ständige Betriebsversammlung ausriefen. Dort wurde beschlossen, die Produktion in Selbstverwaltung weiterzuführen. Dem Hauptabnehmer – der inzwischen am Kauf des Betriebs interessiert ist – wurden die erledigten Arbeiten erst ausgehändigt, nachdem er neue Aufträge angeliefert hatte. Auf diese Weise wurde die INNSE dreieinhalb Monate lang (von anfangs Juni bis Mitte September) in Selbstverwaltung geführt. Gearbeitet wurde wie vorher in zwei Schichten. Zusätzlich bewachten die Arbeiter den Betrieb nachts, am Wochenende und an Feiertagen und schützten ihn so vor möglichen Sabotageangriffen des Besitzers.

Denn an solchen Versuchen aller Art fehlte es nicht, auch nachdem die Arbeiter seine Söldnertruppe, bestehend aus acht tätowierten Bodyguards, verjagt hatten. Gleich am ersten Arbeitstag kam der Arbeitsinspektor, um die Sicherheit im Betrieb zu überprüfen. Nach einigen Tagen folgte ein Einsatztrupp des Elektrizitätswerks ENEL mit dem Auftrag, den Strom abzuschalten. Die ENEL-Leute wurden abgewimmelt und damit auch dieser Angriff erfolgreich abgewehrt. Bald darauf wurde die Telefonleitung gekappt und musste durch Mobiltelefonie ersetzt werden. Eine grössere Schwierigkeit bestand darin, die Werkskantine ebenfalls in Selbstverwaltung weiterzuführen, nachdem der Pächter auf Druck des Fabrikbesitzers die Arbeiter im Stich gelassen hatte. Die erfolgreiche Lösung auch dieses Problems schweisste die Belegschaft zusätzlich zusammen.

In den Siebzigerjahren waren Italien und FIAT fast gleichbedeutend mit Gewerkschaft und Streik. Inzwischen scheint die italienische Arbeiterbewegung am Boden zerstört zu sein. Monatlang blieben die ArbeiterInnen bei INNSE ohne nennenswerte Unterstützung. Gewerkschaftsfunktionäre kamen zwar in Scharen vorbei und konnten kaum glauben, dass es noch Arbeiter gebe, die sich gegen Entlassungen und Betriebsschliessung zur Wehr setzen. Solidarität oder gar Sympathiestreiks blieben jedoch weitgehend aus. Die Metallarbeitergewerkschaft FIOM spendete dreihundert Euro – eine beschämende Summe im Vergleich zu

den zehntausend Euro, die sonst von überall her zusammenkamen. Nach dem Besuch des FIOM-Generalsekretärs Rinaldini im Oktober bei den INNSE-ArbeiterInnen richtete die Gewerkschaft eine Streikkasse ein: Das Geld sollte „heute oder morgen“ überwiesen werden, ist bis jetzt jedoch noch nicht bei den Arbeitern eingetroffen.

Die Unterstützung durch die Gewerkschaft beschränkte sich anfänglich auf den rechtlichen Beistand: Gegen den Besitzer wurde eine Klage wegen „antigewerkschaftlicher Tätigkeit“ (Aussperrung) geführt, die ein Mailänder Gericht Mitte Juli abgelehnt hat. Verhandlungen mit den Behörden verliefen im Sande. Der Unternehmer weigerte sich, die am 22. August formell ausgesprochenen Entlassungen zurückzunehmen. Der Staat hat sich voll und ganz auf dessen Seite gestellt. Das zeigte sich insbesondere am 17. September, als die Polizei die Arbeiter mit einem Räumungsbefehl von der Arbeit weg aus der Fabrik holte. Ein derartiger Vorfall hatte sich seit dem Ende des Faschismus in Italien noch nie zuvor ereignet! Seither belagern die Arbeiter das Werkstor. Dort haben sie inzwischen ihr „Basislager“ eingerichtet: Mit Brettern und andern Materialien haben sie notdürftig zwei Räume geschaffen, eine Küche und ein grösserer als Aufenthaltsraum, den sie auch für Versammlungen nützen.

Die ArbeiterInnen der INNSE sind buchstäblich auf die Strasse geworfen worden und zeigen das auf diese sehr demonstrative Art. Genau wie vorher im Betrieb, in den Monaten der selbstverwalteten Produktion, wechseln sie sich tagsüber in zwei Schichten ab. Dazu kommt - ebenfalls wie vorher - die Nachtwache. Auf diese Weise ist es ihnen gelungen, eine bescheidene Öffentlichkeit für ihren Kampf zu schaffen. Den Mailänder Behörden ist dieser Kampf und seine Öffentlichkeit sehr lästig. Am 24. September hat deshalb der Präfekt persönlich eine Arbeiterdelegation empfangen und ihr zwei Briefe vorgelesen: Einen hat er ans Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung in Rom geschickt, um die Verhandlung zwischen Genta und dem möglichen neuen Besitzer zu beschleunigen. Den andern direkt an Genta wegen der ausstehenden Augustlöhne, die dieser trotz gesetzlicher Verpflichtung nicht bezahlt hat. Eine erste Verhandlungsrunde in Rom hätte Mitte Oktober stattfinden sollen, wurde jedoch verschoben, weil der Kaufinteressent noch mehr Zeit benötige.

Es steht noch in den Sternen, ob die INNSE einen neuen Besitzer erhält oder ob der Betrieb definitiv geschlossen wird. Denn hinter Genta, dem heutigen Besitzer, und der Betriebschliessung stehen die Interessen einer Immobilienfirma, der das Grundstück gehört. Solange darauf eine industrielle Tätigkeit ausgeübt wird, darf das Gelände nicht umgezont werden. Mit andern Worten: Hinter der Schliessung der INNSE stehen hauptsächlich die Interessen der Bodenspekulation und jene Logik, die davon ausgeht, dass mit der Errichtung von Luxuswohnungen, Parkplätzen und Einkaufszentrum mehr Gewinn gemacht werden kann als mit industrieller Produktion. Es liegt auf der Hand, dass die ArbeiterInnen der INNSE nach der anscheinend unmittelbar bevorstehenden Kapitulation des Schrotthändlers Genta es mit einem weit mächtigeren Gegner zu tun haben werden: die Immobilienfirma AEDES, an der gerüchteweise auch Ministerpräsident Berlusconi beteiligt sei.

Es gehört zu den Besonderheiten dieses Arbeiterkampfes, dass gleich zu Beginn der Auseinandersetzung der Unternehmer als normalerweise direkter Gegenspieler der ArbeiterInnen von der Bildfläche verschwand. Das übliche Ritual mit einer angeblich über den Konfliktparteien stehenden Schlichtungsstelle fand deshalb nicht statt. Dafür erlebten die INNSE-ArbeiterInnen bereits nach kurzer Zeit den Staat als unmittelbaren Gegner: Nicht der Fabrikbesitzer hat die Arbeiter ausgesperrt, sondern der Staat mittels seiner Justiz und Polizei. Seit Mitte September verhindert der Staat, dass bei INNSE produziert werden kann! Jegliche Illusionen in den Staat, der angeblich neutral sei und über den gesellschaftlichen Klassen stehe, werden damit unweigerlich zerstört: Die Gesetze schützen nicht – wie viele glauben -

die Bewohner eines Staates, sondern einzig das Eigentum der Besitzenden, und zwar völlig unabhängig davon, aus welchen politischen Parteien Regierung und Parlament jeweils zusammengesetzt sind. Diese Erkenntnis ist wichtig, wenn in Zukunft wieder Arbeitskonflikte unter staatlicher Aufsicht geschlichtet werden sollen!

Eindrücklich beim Kampf um INNSE ist die Geschlossenheit der fünfzig ArbeiterInnen. Die Einmütigkeit, mit der die Belegschaft, die nach dem tragischen Hinschied eines Kollegen, der am 21. Juli einem Herzinfarkt erlegen ist, auf 49 geschrumpft ist, allen Schwierigkeiten begegnet. Niemand ist bisher ausgeschert und hat den individuellen Ausweg gewählt, alle sind geblieben, auch die Kaderangestellten. Der Ingenieur spült Seite an Seite mit den Arbeitern die Pfannen der selbstverwalteten Werkskantine. Auch nach der Räumung durch die Polizei trotzen die Kaderangestellten mit allen andern zusammen Nässe und Kälte und helfen mit, die Besetzung vor dem Werkstor aufrechtzuerhalten. Diese fast unglaubliche Solidarität lässt erahnen, welche Macht an verborgenen Kräften der gemeinsame Kampf gegen eine absurde und unmenschliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung freisetzen kann!

Betriebsbesetzungen sind in Europa eher selten. Noch weniger kommt es vor, dass die Belegschaft nach der Besetzung des Betriebs die Produktion in Selbstverwaltung weiterführt. Mit ihrem Kampf stellen die ArbeiterInnen bei INNSE die Logik einer Produktionsweise in Frage, die darauf beruht, dass eine industrielle Produktion nur solange aufrecht erhalten werden kann, als sie dem Besitzer einen weit grösseren Gewinn verspricht, als er mit dem gleichen Kapitaleinsatz anderswo erzielen könnte. Diese Logik hat zur Zerstörung unzähliger Industriearbeitsplätze in ganz Europa innerhalb weniger Jahrzehnte geführt. Die Besetzung und Weiterführung des Betriebs in Selbstverwaltung weist einen andern Weg als jenen, der bei Betriebsschliessungen bisher stets von den Gewerkschaften beschritten worden ist. Mit dem grundsätzlichen Einverständnis zu den Betriebsschliessungen und dem Aushandeln von Sozialplänen haben sie sich zu blossen Verwaltern der Massenentlassungen degradieren lassen und darauf beschränkt, mit den Totengräbern der Industrie über die „Begräbniskosten“ zu feilschen.

Demgegenüber zeigt die Besetzung des Betriebs und dessen Weiterführung in Selbstverwaltung allen von Entlassung bedrohten ArbeiterInnen einen Ausweg, um sich gemeinsam erfolgreich gegen Arbeitslosigkeit und Elend zur Wehr zu setzen. Gleichzeitig widerlegt ein selbstverwalteter Betrieb die bürgerliche Ideologie und beweist, dass es weder einen Fabrikbesitzer noch Aufseher braucht um zu produzieren. Auch wenn der Versuch jeweils nur kurze Zeit dauert, mit der Betriebsbesetzung und der Organisierung der Produktion durch die ArbeiterInnen selbst, wird die Produktionsweise der Zukunft vorweggenommen in einer Gesellschaft als Zusammenschluss selbständiger Produzenten. In einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der sich der Einzelne nicht mehr in erster Linie als Konsument sieht, sondern als gleichberechtigter Produzent in einem Wirtschaftskreislauf, der einzig zur Bedürfnisbefriedigung aller dient.

So weit ein einzelner Arbeiterkampf auch über die üblichen Kampfformen hinausgeht, wie bei INNSE in Mailand, unweigerlich stösst er an seine Grenzen: die Rechtsordnung der bürgerlichen Gesellschaft. Dies gilt insbesondere, wenn er isoliert bleibt und sich nicht auf andere Betriebe ausdehnt. Bei INNSE haben die ArbeiterInnen das schmerzlich erlebt mit dem Einsatz von Justiz und Polizei sowie einer äusserst dürftigen Unterstützung durch die Bevölkerung, die sich nur in individueller Solidarität mittels Spenden geäussert hat und nicht in machtvollen Strassendemonstrationen wie beispielsweise beim Kampf um die SBB-Werkstätten von Bellinzona. Ein besetzter und selbstverwalteter Betrieb befindet sich in einem rechtsfreien Raum, der nie lange andauern kann. Entweder wird das Experiment durch die

staatliche Unterdrückung beendet oder der selbstverwaltete Betrieb muss sich eine neue Rechtsform geben und wieder in die bürgerliche Gesellschaft einordnen. Bei INNSE wäre dies die Übernahme durch den bisherigen Hauptkunden, die Industriegruppe Ormis aus Brescia.

Diese Erkenntnis der Grenzen eines selbstverwalteten Betriebs schmälert keineswegs dessen Bedeutung, sondern weist im Gegenteil den Weg, den die Lohnabhängigen gehen müssen, um diese Grenzen zu sprengen: die Verbindung der einzelnen, noch isoliert geführten Arbeiterkämpfe. Ganz offensichtlich haben die ArbeiterInnen bei INNSE dies erkannt und begonnen, solche Kontakte enger zu knüpfen. Fand anfänglich die Begegnung mit anderen Betrieben nur einzeln statt, wenn sie vorbeikamen und ihre Solidarität bezeugten, so wurde kürzlich mit einem ersten Treffen im grossen Raum des „Basislagers“ bei INNSE ein wichtiger Schritt in diese Richtung gemacht: Delegationen kämpferischer Betriebsräte aus sechs Mailänder Betrieben, die von Umstrukturierungen, Entlassungen und Aussperrung betroffen sind, haben sich zusammengetan und gegenseitig Informationen und Erfahrungen ausgetauscht.

Ein besonders schönes Beispiel der Verbindung zweier Arbeiterkämpfe zeigt die Unterstützung des Kampfes bei INNSE durch das Streikkomitee der SBB-Arbeiter von Bellinzona. Begonnen hat der Zusammenschluss zwischen den beiden kämpferischen Belegschaften mit dem Auftritt von INNSE-Arbeitern anlässlich der Uraufführung des Streikfilms „Giù le mani“ am 15. August 2008 in Locarno. Die Teilnahme einer INNSE-Delegation am nationalen Gewerkschaftstreffen vom 20. September in Rodi sowie die Geldsammlung zu Gunsten der INNSE-ArbeiterInnen durch das Streikkomitee in Bellinzona hat das Band zwischen den beiden Kämpfen enger geknüpft. Eine weitere Begegnung hat am 12. Oktober stattgefunden, als die Arbeiterinnen und Arbeiter von INNSE mit ihren Angehörigen zu einer Theateraufführung des „Laboratorio Officine Donna“ nach Mendrisio gereist sind. Weitere gemeinsame Initiativen werden folgen. Die Verbindung zwischen dem Kampf bei INNSE und jenem in Bellinzona ist sicher durch die geografische und sprachliche Nähe erleichtert worden. Gleichzeitig zeigt sie den Weg, den die ArbeiterInnen über die Landesgrenzen hinaus gehen müssen, um auf die Globalisierung der Konzerne mit der Globalisierung der Arbeiterkämpfe zu antworten.

Von entscheidener Bedeutung ist dies in einer Zeit, in welcher die kapitalistische Weltordnung mit der Finanzkrise und der Vorbereitung von Kriegen um Rohstoffquellen und Einflussgebiete der Menschheit keine andere Perspektive anzubieten hat als Arbeitslosigkeit, Verarmung, Kriege, Hunger und Elend. In einer solchen Zeit ist für viele Menschen die Suche nach einer Alternative wieder in greifbare Nähe gerückt. Wie die erst vereinzelt Arbeiterkämpfe zeigen, die jeweils nach kürzester Zeit mit den Interessen der kapitalistischen Logik zusammenprallen und an die Grenzen der bürgerlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung stossen, für die Lohnabhängigen kann die Alternative nicht darin bestehen, die Trümmer der auseinandergefallenen Sozialpartnerschaft und des Sozialstaates nochmals neu zusammenzufügen. Vielmehr muss die Verbindung der einzelnen Arbeiterkämpfe das Ziel haben, die Lohnklaverei zu beseitigen und an deren Stelle eine Gesellschaftsordnung aufzubauen, die auf Freiheit, Frieden, Gleichberechtigung und Solidarität beruht. Die Zeit dazu ist günstig wie schon lange nicht mehr!

18. Oktober 2008

Rainer Thomann, Mitglied UNIA Region Zürich-Schaffhausen